

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Januar 2006

Aktuelle Situation von Schülerinnen und Schülern mit erheblichem Förderbedarf im Bereich der sozial-emotionalen Förderung in Bremen-Nord

Aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe wird berichtet, dass in Bremen-Nord einige Schüler/-innen länger als ein Jahr eine Schule nicht besucht haben sollen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Schüler/-innen besuchen zurzeit die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße? Wie viele dieser Schüler/-innen kommen aus Bremen-Nord? Aus welchen Gründen können sie nicht angemessen in ihren Wohnbezirken unterrichtet werden?
2. Ist es richtig, dass ein Großteil der Lehrerstunden, die in 2004/2005 noch für präventive Maßnahmen (Beratung) zur Verfügung standen, nun für den stationären Unterricht von Schüler/-innen mit erheblichem Bedarf im Bereich der sozial-emotionalen Förderung verwendet werden?
3. Ist die Beratungsstelle der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße auch für Bremen-Nord zuständig? Wenn ja, reichen aus Sicht des Senats die vorhandenen Kapazitäten aus? Wohin sind die Lehrerstunden abgeflossen, die bis 2004 für eine eigene Beratungsstelle in Bremen-Nord zur Verfügung standen?
4. Welche Maßnahmen werden in Schulen in sozialen Brennpunkten ergriffen, um den steigenden Verhaltensproblemen der Schüler/-innen zu begegnen?
5. Gibt es in Bremen-Nord eine besonders ausgeprägte Langzeit-Schulvermeider-Problematisierung? Wenn ja, welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen bzw. gedenkt er zu ergreifen, um diesem Problem entgegenzuwirken?

Anja Stahmann, Dirk Schmidtman,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

D a z u

Antwort des Senats vom 14. Februar 2006

1. Wie viele Schüler/-innen besuchen zurzeit die Schule an der Fritz-Gansberg-Straße? Wie viele dieser Schüler/-innen kommen aus Bremen-Nord? Aus welchen Gründen können sie nicht angemessen in ihren Wohnbezirken unterrichtet werden?

Als Schülerinnen und Schüler des Förderzentrums für den Bereich der sozialen und emotionalen Entwicklung an der Fritz-Gansberg-Straße werden zurzeit 74 Schülerinnen und Schüler gezählt. Von diesen 74 Schülerinnen und Schülern kommen elf aus Bremen-Nord.

Das Förderzentrum Fritz-Gansberg-Straße fördert nur Schülerinnen und Schüler, die folgendem Kriterium entsprechen:

- Extremer sonderpädagogischer Förderbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung liegt dann vor, wenn eine Schülerin oder ein Schüler der Erziehung so nachhaltig verschlossen oder entzogen ist, dass sie oder er im Unterricht der allgemeinen Schule oder eines Förderzentrums trotz sonderpädagogischer Unterstützung gar nicht gefördert werden kann und die eigene Entwicklung sowie die eigene physische und psychische Unversehrtheit oder die der Mitschülerinnen und Mitschüler erheblich gestört oder gefährdet ist.

Schülerinnen und Schüler, die diesem Kriterium entsprechen, können mit den zur Verfügung stehenden Mitteln unabhängig vom Alter nicht angemessen dezentral in ihren Wohnbezirken gefördert werden.

2. Ist es richtig, dass ein Großteil der Lehrerstunden, die in 2004/2005 noch für präventive Maßnahmen (Beratung) zur Verfügung standen, nun für den stationären Unterricht von Schüler/-innen mit erheblichem Bedarf im Bereich der sozial-emotionalen Förderung verwendet werden?

Ein Großteil der Lehrerstunden, die in 2004/2005 für präventive Maßnahmen (Beratung) zur Verfügung standen, werden nun auf der Basis des Beschlusses der Deputation für Bildung vom 7. Juli 2005 (Vorlage G 104) für den stationären Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit erheblichem Förderbedarf im Bereich der sozial-emotionalen Entwicklung verwendet. Dadurch ist eine gezielte Förderung dieser Schülerinnen und Schüler möglich.

3. Ist die Beratungsstelle der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße auch für Bremen-Nord zuständig? Wenn ja, reichen aus Sicht des Senats die vorhandenen Kapazitäten aus? Wohin sind die Lehrerstunden abgeflossen, die bis 2004 für eine eigene Beratungsstelle in Bremen-Nord zur Verfügung standen?

Die Beratungsstelle des Förderzentrums an der Fritz-Gansberg-Straße ist auch für Bremen-Nord zuständig. Die über die Verwendung für Unterricht hinaus zur Verfügung stehenden Beratungsstunden reichen aus Sicht des Senats aus, da die besonders betroffenen Schülerinnen und Schüler nun im stationären Unterricht gefördert werden und keine präventive Beratung im vorherigen Umfang mehr notwendig ist.

Die Beratungsstelle in Bremen-Nord wurde von den Förderzentren für die Bereiche Lernen, Sprache und Verhalten an der Kerschensteiner Straße, an der Reepschläger Straße und Burgdamm aus der Unterrichtsversorgung mit Lehrerstunden versorgt. Im Rahmen der Neustrukturierung der sonderpädagogischen Beratungsstellen wurde diese Beratungsstelle aufgelöst und die Stunden sind wieder für die Unterrichtsversorgung an die oben angegebenen Förderzentren zurückgeflossen.

4. Welche Maßnahmen werden in Schulen in sozialen Brennpunkten ergriffen, um den steigenden Verhaltensproblemen der Schüler/-innen zu begegnen?

Die allgemeinen Schulen in sozialen Brennpunkten erhalten auf Antrag zusätzliche Lehrerwochenstunden für besondere Maßnahmen. Diese Stunden werden von den einzelnen Schulen unterschiedlich und individuell verwendet. Um den steigenden Verhaltensproblemen von Schülerinnen und Schülern in den Schulen zu begegnen, haben Schulen z. B.:

- Trainingsräume eingerichtet,
- den schulinternen Beratungsdienst im Sinne von Streitschlichtermodellen ausgebaut,
- zeitweise Doppelbesetzungen oder Kleingruppen eingerichtet,
- die Zusammenarbeit mit dem Amt für soziale Dienste intensiviert,
- ihren Unterricht methodisch und didaktisch verbessert.

5. Gibt es in Bremen-Nord eine besonders ausgeprägte Langzeit-Schulvermeider-Problematik? Wenn ja, welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen bzw. gedenkt er zu ergreifen, um diesem Problem entgegenzuwirken?

In Bremen-Nord gibt es keine besonders ausgeprägte Langzeit-Schulvermeider-Problematik. Von den beim Beratungsdienst gegen Schulvermeidung im vergangenen Schuljahr gemeldeten Fällen (insgesamt 540) kamen 106 aus Bremen-Nord, davon 43 aus Blumenthal und 63 aus Vegesack/Burglesum. Der Anteil an der Gesamtzahl der Meldungen nach Regionen (fünf Regionen) beträgt 19,63 %.

